

Ein politisch motivierter Schildbürgerstreich

Wir bringen, was Sie täglich brauchen. Mit diesem Versprechen hat sich die Transportwirtschaft bislang als zuverlässiger Partner der Wirtschaft und zudem Wohlstandssicherer profiliert. Es wird allerdings von Tag zu Tag schwieriger, diese Leistungsansage einzuhalten. Die jüngste Attacke darauf reitet derzeit Landesrat Anschober unter dem Deckmantel des Umweltschutzes.

„Das von Landesrat Anschober ab Juli zwischen der Anschlussstelle Enns-Steyr und dem Knoten Haid auf der A 1 Westautobahn erlassene Fahrverbot für ältere Lkw ist sachlich nicht gerechtfertigt, trifft primär kleine und mittlere Unternehmen aus der Region und verlagert den Verkehr von der Autobahn ins Ortsstraßennetz“, zeigt sich der ö. Transporteure-Obmann Franz Danninger von der Vorgangsweise des politisch verantwortlichen Landesrates enttäuscht.

„Als fachkundige Vertreter für das Transportwesen hätten wir gerne unsere zahlreichen Bedenken gegen die erlassene Regelung dargelegt. Leider hat Anschober die Verordnung ohne Anhören der Betroffenen im Alleingang erlassen. Das Thema Immissionsschutz und Transport darf auch in einem Wahljahr nicht zur politischen Bühne verkommen. Andernfalls bleibt uns nur der Rechtsweg, den wir auch restlos ausschöpfen werden“, betont Danninger.

Lkw-Fahrverbot auf Autobahn unsachlich

Abgesehen davon, dass die Messdaten, die in dieser Region eine Überschreitung der Immis-

sionsgrenzwerte darlegen sollen, wegen nachweislich falscher Positionierung des Messgeräts unbrauchbar sind, ist auch die Wahl der Maßnahme ungerechtfertigt. So ist nach der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs auch bei Handlungsbedarf aus dem Titel Immissionsschutz als gelindeste Maßnahme die Geschwindigkeitsbeschränkung für alle Verkehrsteilnehmer anerkannt.

Regionale Versorger werden benachteiligt

Während der Transit internationaler Fernverkehrsflotten kaum bis gar nicht von der Maßnahme betroffen sein wird, trifft es manche Transportunternehmen und vor allem den firmeneigenen Werksverkehr vieler produzierender sowie Handelsbetriebe der klein- und mittelbetrieblich strukturierten regionalen Wirtschaft arg. In der Regel werden Spezialfahrzeuge mit kostenintensiven Aufbauten, die wenig Kilometerleistung haben und dafür eine längere Nutzungsdauer brauchen, betroffen. Die von Anschober angekündigte Ausnahme für Fahrzeug mit Aufbauten, die teurer als 100.000 Euro sind, ist viel zu

eng. „Im Transportwesen ist das Geld noch nicht abgeschafft, für uns sind übliche Kosten in Höhe von 50.000 bis 60.000 Euro etwa für Kranaufbauten eine Menge Geld“, artikuliert Danninger die Sorgen und das Unverständnis betroffener Unternehmen, die in einer wirtschaftlich nicht einfachen Zeit nicht beliebig Geld für neue Investitionen aus dem Ärmel schütteln können.

Förderungen fehlen gänzlich

Dies umso weniger, als es im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wo vergleichbare Maßnahmen gesetzt wurden, in

Oberösterreich keinerlei Investitionsförderung für die Anschaffung modernster Euro-6-Lkw gibt. „Anschober hat zwar ein Verbot erlassen, bleibt Lösungswege für die Betroffenen aber gänzlich schuldig“, kritisiert Danninger auch die mangelnde Glaubwürdigkeit einer derartigen Politik. „Mit der Ankündigung des Fahrverbots für Lkw wird billiger Aktionismus betrieben, der die Betroffenen ab Juli teuer zu stehen kommen wird“, äußert Danninger den Zorn nicht nur der Transportunternehmen, sondern auch zahlreicher anderer betroffener Wirtschaftstreiber über diese überfallsartige Vorgangsweise – und dies noch dazu in Zeiten, in denen die Arbeitslosenzahlen nicht sinken, Konjunkturimpulse dringen nötig wären und außerdem Wahlen vor der Tür stehen.

Verdrängung in Orts- und Wohngebiete

Aber nicht nur die Wirtschaft ist von dieser Maßnahme negativ betroffen, sondern im Besonderen auch die Anrainer der Region. Da Landesrat Anschober diese Fahrzeuge nun von der Autobahn verbannt, werden sich notwendige Fahrten ins niederrangige Straßennetz durch Orts- und Wohngebiete verlagern. „Ich bitte die betroffenen Bürger schon heute, ihren berechtigten Unmut dagegen an den verursachenden ‚Umwelt-Landesrat‘ zu adressieren und diesen nicht auf der Wirtschaft abzuladen“, betont Danninger. ■



© cityfoto

„Mit einer derart willkürlichen Aktion, deren Auswirkung nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Bevölkerung zu tragen haben wird, schmälert Anschober auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich.“

Franz Danninger

IHR PARTNER FÜR INDIVIDUELLE EXPRESS
+ TRANSPORTLOGISTIKLÖSUNGEN

ZOLL EXPRESS
TERMINLOGISTIK GABRIEL GmbH



+43 (0) 7724-5003, www.zollexpress.com